

# «Wir müssen Lehren daraus ziehen»

**GREENPEACE** Die Umweltschutzorganisation will mit spektakulären Aktionen aufritteln. Doch dass Russland so heftig reagierte, überraschte selbst Greenpeace, so die Schweiz-Präsidentin.

INTERVIEW EVA NOVAK UND SERMİN FAKI  
schweiz@luzernerzeitung.ch

*Cécile Bühlmann, nach zwei Monaten hat Russland den Schweizer Greenpeace-Aktivisten Marco Weber und seine Mitstreiter gegen Kautionsfreigelassen. Sind Sie erleichtert?*

**Cécile Bühlmann:** Selbstverständlich hat uns die Nachricht gefreut, dass Marco Weber und die anderen Aktivistinnen und Aktivistinnen freigelassen wurden. Allerdings wissen wir noch nicht genau, ob und unter welchen Bedingungen er in Russland bleiben muss. Wir sind aber in ständigem Kontakt mit den Greenpeace-Leuten vor Ort und hoffen auf ein gutes Ende dieser Geschichte.

*Bedauern Sie im Nachhinein betrachtet die Aktion?*

**Bühlmann:** Ich bedaure den Ausgang, nicht aber die Aktion an sich. Dank ihr ist es uns gelungen, auf die Gefahren von Ölbohrungen in der Arktis aufmerksam zu machen. Zumal sechs Aktivistinnen einschliesslich Greenpeace-Direktor Kumi Naidoo die gleiche Bohrplattform bereits im vergangenen Jahr besetzt hatten und nur vorübergehend verhaftet wurden. So etwas kommt immer wieder vor, das sind wir uns gewohnt. Dass aber derart massive Straftatbestände konstruiert werden, ist schon einmalig.

*Wird Greenpeace künftig zurückhaltender vorgehen?*

**Bühlmann:** Sicher werden wir aus dem Erlebten Lehren ziehen müssen. Wir werden innerhalb von Greenpeace International darüber diskutieren, welche Risiken wir künftig eingehen wollen. Wir werden genauer hinschauen, mit welchen Ländern wir es zu tun haben. Es gibt Rechtsstaaten und Unrechtsstaaten. In Ländern wie China können wir nicht die gleichen Aktionen machen wie in der Schweiz. Dazu braucht es aber eine gründliche Analyse.

*Wann wird diese vorgenommen?*

**Bühlmann:** Mit Sicherheit wird es ein Thema am nächsten jährlichen Treffen der Verantwortlichen der 30 nationalen und regionalen Greenpeace-Büros sein, das kommenden Mai in Spanien stattfindet. Oder schon zuvor an einer Videokonferenz, an denen wir uns jeweils virtuell treffen. Das wird aber nichts daran ändern, dass Greenpeace auch in Zukunft mit solchen Aktionen auf Umweltprobleme aufmerksam machen muss.

*Sie gehen nicht davon aus, dass Greenpeace künftig auf heikle Aktionen ausserhalb der westlichen Welt verzichtet?*



Zurück in der Freiheit: Der Schweizer Umweltaktivist Marco Weber verlässt am Freitag nach zwei Monaten Haft das Gefängnis in St. Petersburg.

AP/Dmitry Lovetsky

*nen ausserhalb der westlichen Welt verzichtet?*

**Bühlmann:** Das kann ich mir nicht vorstellen. Solche Aktionen sind unsere Stärke. Mit ihnen erreichen wir die Leute und lancieren Themen. Das ist es, was uns auszeichnet. Von den Leuten, die uns unterstützen, höre ich immer wieder, dass es das ist, was sie an uns hervorragend finden: der Mut, das Hinstehen und der Einsatz der eigenen Person. Das gehört zu unserer Organisation und wird sich auch nicht ändern.

*Was könnte sich denn ändern?*

**Bühlmann:** Aufgrund dieser neuen Erfahrung werden wir in gewissen Ländern besonders vorsichtige Risikoabwägungen vornehmen müssen. Man wird die Leute vielleicht auch darauf hinweisen müssen, dass die Folgen nicht abschätzbar sind.

*Wie hoch sind die finanziellen Folgen für Greenpeace?*

**Bühlmann:** Weil es viel länger gedauert hat, kommt die Aktion teurer zu stehen als kalkuliert. Deswegen ist ein Solidaritätsaufruf an die einzelnen Länderbüros ergangen. Selbstverständlich beteiligt sich die Schweiz mit namhaften Beiträgen. Schliesslich sind wir im internationalen Vergleich kein armes Büro, sondern dürfen uns über grosse Unterstützung freuen. Von unseren Spenderinnen und Spendern haben wir ein Mandat, uns friedlich und hartnäckig für den Umweltschutz einzusetzen. Das tun wir dort, wo Umwelterstörung passiert. Sie erwarten von uns, dass wir die Aktivistinnen und Aktivistinnen unterstützen, die sich mit uns in der Arktis und überall auf der Welt so kraftvoll für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen einsetzen.



**«Die Aktion kommt uns teurer zu stehen als kalkuliert.»**

CÉCILE BÜHLMANN,  
STIFTUNGSRATSPRÄSIDENTIN  
GREENPEACE SCHWEIZ

*Was heisst das?*

**Bühlmann:** Als Stiftung erhalten wir Jahresbeiträge, die von einem Fünfliber bis zu namhaften Legaten von mehreren 100 000 Franken reichen. Letztes Jahr lag unser Budget bei rund 24 Millionen Franken.

*Die Protestaktion von Anfang Oktober in Basel, mit der Greenpeace-Leute bei einem Fussballspiel auf die Missstände in der Arktis aufmerksam machten, hat auch schon 30 000 Franken gekostet. Haben Sie das bezahlt?*

**Bühlmann:** Diese Busse hat die Uefa dem FC Basel auferlegt. Greenpeace beteiligt sich daran nicht, weil wir die Busse ungerechtfertigt finden. Wir haben uns mit dem FC Basel aber darauf geeinigt, dass wir einem Kinderheim in Rumänien, dem sich der FCB verbunden fühlt, eine Unterstützung zukommen lassen.

*Hat der Auftritt im St.-Jakob-Stadion Greenpeace eigentlich Sympathien gekostet oder zusätzliche Sympathisanten eingebracht?*

**Bühlmann:** Die Auswertung haben wir noch nicht vorgenommen. Selber habe ich viel positives Feedback erhalten. Es gab aber auch Leute, die uns das übel genommen haben.

*Was halten Sie persönlich davon, ein Fussballspiel zu stören?*

**Bühlmann:** Ehrlich gesagt finde ich es eine grandiose Aktion. Wir wollen ja nicht lieb und nett sein, sondern darauf aufmerksam machen, dass der russische Energiekonzern Gazprom, der das Klima anheizt und in der Arktis die Lebensgrundlagen von Mensch und Tier aufs Spiel setzt, den Sport sponsert.

*Wird Greenpeace einen besonderen Spendenaufruf lancieren, um all die Kosten rund um die Gazprom-Proteste tragen zu können?*

**Bühlmann:** Im Vordergrund stehen nicht die materiellen Sorgen. Für uns ist am wichtigsten, dass unsere Leute freigesprochen werden. Natürlich wird der Vorfall Geld kosten, aber deswegen müssen wir sicher nicht unser Büro schliessen. Unsere Mitglieder wollen, dass Greenpeace für den Umweltschutz Risiken eingeht und aktiv ist.

Cécile Bühlmann war während 15 Jahren Nationalrätin der Grünen. Seit 2006 ist die Luzernerin Stiftungsratspräsidentin von Greenpeace Schweiz. Ihr berufliches Amt gibt Bühlmann demnächst altershalber ab: In zehn Tagen feiert sie ihren 64. Geburtstag und tritt als Geschäftsleiterin des Christlichen Friedensdienstes CFD im ordentlichen Pensionsalter zurück.

## 95 Prozent für Horst Seehofer

**CSU-PARTEICHEF** sda. Der CSU-Parteitag hat Horst Seehofer mit einem Rekordergebnis als Parteichef bestätigt. Seehofer erhielt gestern von den Delegierten in München 95,3 Prozent der Stimmen. Bei der letzten Wahl vor zwei Jahren war er auf 89,9 Prozent gekommen, sein zuvor bestes Ergebnis waren 90,3 Prozent bei seiner ersten Wahl zum CSU-Chef im Jahr 2008.

«Ich brauche dieses Vertrauenskapital», mit diesen Worten hatte der Parteichef vor der Wahl um eine hohe Zustimmung seiner Partei geworben. Seehofer lobte die Geschlossenheit seiner Partei bei der Bundestags- und der Landtagswahl. «Die CSU ist wieder putzmunter.» Ein starkes Wahlergebnis für Seehofer war nach den Erfolgen der CSU bei der Landtags- und Bundestagswahl im September erwartet worden. Die hohe Zustimmung gilt aber auch als Rücken- deckung für die heisse Endphase der Koalitionsverhandlungen in Berlin.

## Iran will umstrittenen Atomreaktor bauen

**GENF** An den Atomgesprächen sind viele Fragen noch offen. Dennoch zeigen sich die Unterhändler optimistisch.

sda. Im Atomstreit mit dem Iran versuchen die Aussenminister der beteiligten Staaten in Genf den Brückenschlag. Im Bemühen um eine Übergangslösung sollen verbliebene Differenzen ausgeräumt werden. Unterhändler zeigten sich gestern vorsichtig optimistisch. Am vierten Tag versuchten die fünf UNO-Vetomächte USA, Russland, China, Grossbritannien und Frankreich sowie Deutschland (5+1), verbliebene Differenzen mit dem Iran zu überbrücken.

Der russische Vizeausserminister Sergej Rjaskow sagte der Agentur Interfax zufolge, dass die Sechsergruppe und der

Iran «sehr nah an einem Durchbruch» seien, aber es noch keine «endgültige Überzeugung» gebe.

**Iran wehrt sich gegen Forderungen**

Zu den wesentlichen Fragen, die noch zu klären seien, gehöre das Schicksal des im Bau befindlichen Schwerwasser-Atomreaktors in Arak. Diese Anlage könnte auch waffenfähiges Plutonium herstellen. Der Iran besteht auf der Fortsetzung des Reaktorbaus. Eine Einigung werde es nur geben, wenn diese lohnend sei, sagte der britische Aussenminister William Hague. «Wir sind nicht hier, weil die Dinge schon beendet sind, wir sind hier, weil die Dinge schwierig sind und schwierig bleiben.»

Aus der iranischen Delegation kamen nach der Kritik an als unverhältnismässig bezeichneten Forderungen gestern erstmals optimistischere Töne.

## Minikommiss an der Klimakonferenz

**WARSCHAU** An den Klimaverhandlungen sperrte China erfolgreich. Der wichtigste Punkt wurde vertagt.

sda. Die UNO-Klimakonferenz in Warschau hat sich gestern auf einen Fahrplan für den Weltklimavertrag geeinigt. Im verabschiedeten Dokument ist aber der wichtigste Punkt – nämlich für wen der Vertrag wie verbindlich sein soll – vertagt worden. «Das Papier sagt zwar, dass auch die Ziele der Schwellenländer Rechtskraft haben. Wie verbindlich diese sind, bleibt aber offen», kritisierten Vertreter von Entwicklungs- und Umweltorganisationen.

So stiess sich der chinesische Delegationsleiter an der Formulierung,

dass China, Indien und weitere Schwellenländer wie alle anderen Nationen auch «rechtsverbindlich» zur Verringerung ihres Treibhausgas-Ausstosses verpflichtet werden sollten.

**Schwellenländer fordern Ausnahmen**

Aufstrebenden Schwellenländern könne dagegen lediglich «verstärktes Engagement» ohne konkrete Ziele abverlangt werden. China und seine Verbündeten beharren auf einem «Recht zur Entwicklung» und verweisen darauf, dass aus historischer Sicht die westlichen Industriestaaten für die heutigen Klimaprobleme hauptverantwortlich seien.

Verabschiedet wurden am Samstag auch Papiere zu den Themen Finanzen und Waldschutz. Offen war zunächst noch ein Text zum Ausgleich von Verlusten von ärmeren Ländern durch den Klimawandel. Der neue Weltklimavertrag soll 2015 in Paris abgeschlossen werden.